

6. VII. 1918

Eine bedeutsame Erklärung der deutsch-nationalen und christlichsozialen Vertrauensmänner des 19. Bezirkes.

Die am 4. Juni 1918 in Döbling versammelten Vertrauensmänner der christlichsozialen und deutschnationalen Parteien des neunzehnten Wiener Gemeindebezirkes sind einig in der Ansicht, daß die deutschen Abgeordneten Oesterreichs ohne Unterschied der Partei in Zukunft nur jene Regierung unterstützen dürfen, die zielbewußt und nachdrücklich die Belange des deutschen Volkes in Oesterreich, welche sich mit den Interessen des Staates vollständig decken, vertritt und fördert und den Auslösbefreiungen der Tschechen und Südslawen energisch begegnet.

Die Vertrauensmänner erachten es für dringend geboten, daß die Regierung endlich einmal mit aller Kraft der Verteuerung aller Bedarfsgegenstände ein Ende macht. Zu diesem Zwecke wären die bisherigen fruchtlosen Preistreibeiverordnungen aufzuheben und wäre in einem neuen Gesetze jeder Preiswucher sowie überhaupt jede Handlung oder Unterlassung, welche geeignet erscheint, der Gesamtbevölkerung das Aussharren und Durchhalten während der resillosen Dauer des Krieges zu erschweren oder unmöglich zu machen, unter bedeutend höhere Straffanktion zu stellen. Die Qualifizierung derartiger Handlungen als Verbrechen des Landesverrates und die Bestellung eigener Ausnahmegerichte zur Verhandlung über dieselben wäre zweifellos das sicherste und erfolgreichste Mittel zur Bekämpfung der geradezu unerträglichen diesfälligen Vorkommnisse.

Weiters erklären die Vertrauensmänner als unbedingt notwendig, daß mit dem bisherigen System der Ueberwälzung der infolge der enormen Verschuldung des Staates erwachsenden Mehrausgaben auf die ärmsten Bevölkerungsschichten durch Erhöhung der indirekten Steuern und Abgaben sowie der Staatsmonopolpreise gebrochen und die Heranziehung des großen Kapitals, beziehungsweise der höheren Einkommen behufs Deckung dieser Ausgaben, insbesondere auch der Ausgaben für eine vollkommen entsprechende Versorgung der Kriegsinvaliden endlich energisch in Angriff genommen werde.

Ferner sprechen die Vertrauensmänner ihre Ansicht dahin aus, daß die wirtschaftliche Trennung der österreichischen Reichshälfte von Ungarn einen die Industrie, das Gewerbe und die Arbeiterschaft Oesterreichs schädigenden neuen Ausgleich vorzuziehen sein wird; sie sind jedoch auch der Meinung, daß angesichts der bestehenden staats- und deutschfeindlichen Bestrebungen der slawischen Nationen, beziehungsweise deren Parteiführer, die Notwendigkeit eines engen politischen Zusammenschlusses der Deutschen und Magyaren nicht bestritten werden kann.

Endlich wäre noch Anschauung der Vertrauensmänner das Parlament nur dann zu einer weiteren Tagung einzuberufen, wenn volle Bürgerschaft dafür gegeben ist, daß die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses nicht zur Hebung des gesunkenen Mutes unserer Feinde und zur Verlängerung dieses grauenvollen Krieges Anlaß geben. Im anderen Falle wären die obenangeregten Verfügungen durch kaiserliche Verordnungen zu treffen.